

# Attac Glossar

- A – Aktie
- A – Anleihe
- A – Austeritätspolitik
- B – Bail In
- B – Bail Out
- B - Bancor
- B – Bankenunion
- B - BIZ
- B – Bonität
- C - Clearing
- D – Derivat
- D – Devisen
- E – EFSF
- E – ESM
- E – EU-Kommission
- E – Eurobonds
- E – EZB
- F – Finanzmarkt
- F – Fiskalpakt
- F – Fiskalunion
- F - Forward
- F – Fundamentaldaten
- F – Future
- G - Geld
- G – GIPS
- H - Hebeleffekt
- H - Hedge-Fonds
- I – Institutionelle Anleger
- I - Internationales Insolvenzrecht
- I – Investmentfonds
- I – IWF
- K - Kapitaldeckungsverfahren
- K - Kurs
- L – Leerverkäufe
- L – Liquidität
- M - Marktkapitalisierung
- O - Offshorezentren
- O – Option
- O – OTC
- P - Private Equity
- R - Ratingagenturen
- R – Rettungspakete
- R – Rezession
- S – Schuldenaudit
- S - Schuldenbremse
- S - Sparpolitik
- S – Spekulation
- S – Staatsanleihe
- S – Steueroasen
- T - Termingeschäft
- T – Troika
- U – Überliquidität
- U - Umlageverfahren
- U – Umschuldung
- V - Volatilität
- Z - Zielzone

## **Aktie**

Aktien sind eine Art von Wertpapieren und verbrieften Anteile an einem Unternehmen. Bei börsennotierten Unternehmen (d. h. Unternehmen, die sich teilweise über die Börse finanzieren) können InvestorInnen Anteile in Form von Aktien kaufen. Sie erhalten dann jährlich einen Anteil der ausgeschütteten Gewinne (Dividende). Aktien können gehalten oder gehandelt werden. Werden Aktien über einen längeren Zeitraum gehalten, so interessieren sich InvestorInnen vor allem an der langfristigen Entwicklung des Unternehmens sowie an den Dividenden. Werden Aktien nur kurz gehandelt und häufig ge- und verkauft (→ Spekulation), so interessieren sich die InvestorInnen vor allem für kurzfristige Preisschwankungen der Aktien an den Börsen, wodurch sie sich Gewinne erwarten.

## **Anleihe**

Anleihen können von Staaten und Unternehmen ausgegeben werden, um Schulden aufzunehmen. Staaten borgen sich mit Staatsanleihen Geld aus, das sie nach einer gewissen Laufzeit zurückzahlen (Primärmarkt). In der Zwischenzeit erhalten die KäuferInnen der Anleihen (GläubigerInnen) Zinsen, können die Anleihe aber auch weiterverkaufen (Sekundärmarkt). Der zentrale Unterschied zu einem Kredit besteht darin, dass eine Anleihe nicht nach und nach, sondern am Ende ihrer Laufzeit auf einen Schlag zurückgezahlt wird.

Der verlangte Zinssatz (besonders für Anleihen mit längerer Laufzeit) spiegelt das Ansehen des Staates bei den GläubigerInnen wider. Je höher auf dem Markt das Risiko eingeschätzt wird, dass ein Staat seine Schulden nicht zurückzahlen kann, desto höhere Zinsen werden verlangt. Die → Ratingagenturen haben einen dominanten Einfluss auf die Bewertung der einzelnen Staaten. Die Erwartungen am Markt und Bewertungen der Ratingagenturen hängen oft weniger mit der tatsächlichen Wirtschaftsleistung des betroffenen Staates als mit den politischen Rahmenbedingungen zusammen: Wenn sich die EU-Politik beispielsweise nicht klar dazu bekennt ein Mitglied im Notfall zu retten, lässt das die Zinssätze explodieren. Sichtbar wird das aktuell bei Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien. Steigt der Zinssatz bei Staatsanleihen zu sehr an, steigen das Defizit und die Staatsverschuldung, und für das jeweilige Land ist es schwierig neue Kredite aufzunehmen. Das verschärft die wirtschaftlichen Probleme des Landes noch weiter und kann letztlich zum Bankrott und zum Ausfall, d. h. zur Nicht-Zurückzahlung von Anleihen führen.

Für eine Lösung der Eurokrise wäre es wichtig darüber nachzudenken, wie die Staatsfinanzierung vom Markt entkoppelt werden kann. Eine Garantie für die Staatsschulden der Euroländer durch die EZB könnte die Spekulation mit Staatsanleihen stoppen.

## **Austeritätspolitik**

Austerität (von lat. austeritas, d. h. Enthaltbarkeit, engl. austerity) steht für Kürzen. Oft wird auch fälschlicherweise der Begriff → Sparpolitik verwendet.

Austeritätspolitik will das staatliche Defizit bzw. die Staatsschulden verringern, indem Ausgaben gestrichen und staatliche Leistungen gekürzt werden. Austerität ist das Leitprinzip der bisherigen Krisenpolitik in Europa: Allen Staaten, aber insbesondere Staaten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten (→ GIPS) wird mit dem → Fiskalpakt oder von der → Troika eine massive Reduktion ihrer Ausgaben vorgeschrieben. Also kürzt der Staat sowohl seine Investitionen, die öffentliche Beschäftigung und öffentlichen Leistungen als auch die Einkommen bestimmter Bevölkerungsgruppen, etwa PensionistInnen oder EmpfängerInnen von Sozialleistungen. Die

Folge ist, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter schrumpft und das Wirtschaftswachstum zurückgeht. Kürzen in der Krise führt also nicht zu mehr Wohlstand, sondern verschärft die Lage zumeist und kann letztlich dazu führen, dass ein Land noch tiefer in die Krise oder in eine → Rezession rutscht. Griechenland ist ein aktuelles Beispiel für diesen Vorgang, wo Austeritätspolitik zu einem noch stärkeren Wirtschaftseinbruch führt und damit die Staatsschulden sogar weiter steigen.

Als zu hoch interpretierte Staatsschulden und Defizite werden in der gegenwärtigen europäischen Krise zum Großteil nicht durch höhere Steuern, sondern vor allem durch die Kürzung öffentlicher Ausgaben (ausgabenseitige Budgetsanierung) zu reduzieren versucht. Tendenziell bedeutet jede ausgabenseitige Budgetsanierung, dass sozial schwächere Bevölkerungsgruppen für den Schuldenabbau bezahlen, weil diese stärker von staatlichen Geldern abhängig sind. Gleichzeitig führt die gegenwärtige Kürzungspolitik dazu, dass der Sozialstaat permanent verkleinert wird. Das Gegenstück wäre eine einnahmenseitige Budgetsanierung, welche die Lasten durch gezielte Steuererhöhungen gerechter verteilen kann. Austeritätspolitik ist der falsche Weg in der gegenwärtigen Krise. Im Gegenteil, jetzt bräuchte es für Krisenländer höhere Staatsausgaben – finanziert durch höhere Steuereinnahmen und europäische Transferzahlungen – sowie höhere Löhne und Einkommen der ärmeren Bevölkerung, um aus der Krise herauszukommen und gleichzeitig einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft voranzubringen.

### **Bail-In**

Im Gegensatz zur Rettung von SchuldnerInnen durch Hilfgelder → Bail-Out geht es bei einem Bail-In darum, dass ein Teil der Schulden erlassen wird, um einen Bankrott zu vermeiden.

Insbesondere als Alternative zur laufenden Rettung von Banken durch Steuergelder wäre es wichtig Regeln zu schaffen, so dass Banken auch geregelt abgewickelt werden können (ein Insolvenzrecht für Banken).

Mit wirksamen Abwicklungsregelungen sollte der Umfang, in dem die Abwicklungskosten von zahlungsunfähigen Finanzinstituten auf die SteuerzahlerInnen abgewälzt werden, so gering wie möglich gehalten werden. Auch sollte das gewährleisten, dass große und systemisch wichtige Institute („too big to fail“) ohne Gefährdung der Finanzstabilität abgewickelt werden können. Das Bail-In-Instrument dient eben diesem Ziel, indem es sicherstellen soll, dass AktionärInnen und GläubigerInnen der Bank einen Teil der Kosten übernehmen und Verluste tragen. Konkret wird dabei ein Teil von nicht abgesicherten („faulen“) Krediten abgeschrieben und Forderungen in Eigenkapital umgewandelt. Damit soll mehr Flexibilität bei Zahlungsunfähigkeit insbesondere großer, komplexer Finanzinstitute geschaffen werden.

### **Bail-Out**

Bei einem Bail-Out erhalten SchuldnerInnen Hilfgelder um einen Bankrott zu vermeiden. In der Banken- und Finanzkrise erhielten Banken (mit dem Argument, sie seien systemrelevant) einen Bail-Out, wurden also vom Staat gerettet.

Ein Bail-Out für EU-Staaten, also die Rettung durch andere Staaten, ist in den EU-Verträgen nicht vorgesehen. Diese Regeln wurden aber im Zuge der Krise immer mehr gelockert.

### **Bancor**

So bezeichnete John Maynard Keynes bei den Bretton- Woods-Verhandlungen (1944) eine mögliche internationale Währung (Weltwährung).

## **Bankenunion**

Mit der im Sommer 2012 von der EU angekündigten sogenannten Bankenunion wollen die europäischen Regierungen versuchen, alle Geldinstitute der Eurozone unter eine gemeinsame Aufsicht zu stellen und ein Bankeninsolvenzrecht einführen. Damit soll in Zukunft verhindert werden, dass die Pleite sogenannter systemrelevanter Banken ganze Staaten mit in den Abgrund zieht.

Die Pläne für eine Bankenunion sind der Öffentlichkeit bislang nur in Umrissen bekannt. Die einheitliche Aufsicht für die Banken der Eurozone soll wahrscheinlich von der → EZB (Europäische Zentralbank) übernommen werden. Die Banken sollen außerdem direkt Hilfen aus dem → ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) bekommen können. Das würde mit sich bringen, dass Staaten sich nicht länger für die Rettung „ihrer“ Banken verschulden und dafür im Gegenzug harte Austeritätsmaßnahmen akzeptieren müssen. Außerdem soll es dem Vernehmen nach eine gemeinsame Einlagensicherung geben.

Die Pläne für eine Bankenunion sind bis jetzt sehr vage, die notwendigen Kontrollinstitutionen existieren noch nicht. Zudem würde eine Bankenunion die Grundprobleme des Finanzsektors nicht antasten: Sie verhindert weder, dass Banken so groß sein dürfen, dass sie systemrelevant werden, noch verbietet sie ihnen spekulative, für die Realwirtschaft nutzlose Geschäfte.

## **BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich)**

Die in Basel ansässige „Bank der Banken“ ist eine zentrale Organisation zur statistischen Erfassung und Regulierung internationaler Finanzmarkttransaktionen.

## **Clearing**

Das Clearing ermittelt die bilaterale Netto-Schuld von KäuferIn und VerkäuferIn aus einer Börsentransaktion. Diese Aufgabe übernimmt in der Regel eine zentrale Institution, das so genannte Clearing-Haus. Nach Abschluss eines Handelstages teilt das Clearing-Haus seinen Mitgliedern ihre Transaktionen sowie die daraus verbleibenden Forderungen und Verbindlichkeiten mit. Bei Termingeschäften gibt es die Höhe der zu zahlenden Sicherheitsleistungen (Margins) an.

## **Derivat**

Ein Derivat (von lat. derivare, d. h. ableiten) ist ein Finanzinstrument, dessen Wert von der Preisentwicklung eines anderen Wertpapiers oder Faktors abhängig ist. Mit Derivaten ist es möglich, auf die Preisentwicklung von Aktien, Rohstoffen und Staatsanleihen oder auf die Entwicklung von Wechselkursen zu spekulieren. Im Gegensatz etwa zu Aktien kann man also mit Derivaten auch mit der Vernichtung von Werten hohe Gewinne machen – vorausgesetzt, man wettet im richtigen Moment auf einen fallenden Kurs.

Die meisten Derivate haben keinerlei Nutzen für die Realwirtschaft, sondern dienen dem Ausnutzen minimaler Kurssprünge. Derivate werden in der Regel nicht über Börsen, sondern unkontrolliert zwischen zwei PartnerInnen gehandelt (→ over the counter). Somit ist der Derivatemarkt der größte, spekulativste und intransparenteste der → Finanzmärkte.

## **Devisen**

Ein zusammenfassender Begriff für Zahlungsmittel in fremder Währung (Bargeldbestände, Bankguthaben, Schecks, o. .).

## **EFSF**

EFSF ist die Kurzform für die "European Financial Stabilisation Facility", den sogenannten „vorläufigen Rettungsschirm“.

Die Idee hinter dem EFSF ist, dass er im Namen aller Staaten günstige Kredite aufnimmt und diese an die unter hohen Zinssätzen leidenden Krisenstaaten weitergibt. Konkret werden die EFSF-Kredite bis zu einem Volumen von 750 Mrd. Euro von den Euro-Staaten (440 Mrd.), der EU (60 Mrd.) und dem → Internationalen Währungsfonds (250 Mrd.) garantiert. Der EFSF ändert also nichts an der Grundproblematik, öffentliche Aufgaben über die privaten Finanzmärkte zu finanzieren und damit der Spekulation auszusetzen. Er verlagert lediglich das Risiko von einem auf mehrere Staaten.

Die Kredite an die Krisenländer sind an die Umsetzung einer strengen → Austeritätspolitik gekoppelt. Länder, die EFSF-Hilfen in Anspruch nehmen, müssen sich den Vorgaben der → Troika unterwerfen und einen beträchtlichen Teil ihrer Souveränität abgeben. Sollten zudem auch große Länder wie Italien und Spanien Hilfen aus dem EFSF beantragen müssen, wäre dessen Volumen schnell erschöpft. Griechenland, Portugal und Irland haben EFSF-Gelder erhalten; Spanien, Zypern und Slowenien könnten folgen (Stand September 2012). Ab dem Jahr 2013 soll der → ESM den EFSF ergänzen bzw. längerfristig auch ersetzen. Der EFSF mit seiner kontraproduktiven Austeritätspolitik unterliegt keinerlei demokratischer Kontrolle: Entscheidungen werden von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds völlig außerhalb jeglicher demokratischer Mindeststandards getroffen.

## **ESM**

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der sogenannte „permanente Rettungsschirm“, soll Kredite im Umfang von bis zu 700 Mrd. Euro verleihen können, die von den Euro-Staaten gemeinsam garantiert werden. Vorerst müssen nur 80 Mrd. Euro tatsächlich eingezahlt, der Rest bei Bedarf nachgeschossen werden.

Der ESM, durch einen völkerrechtlichen Vertrag etabliert, ähneln in seiner Funktionsweise seinem Vorgänger → EFSF und ist ähnlich problematisch: Er soll im Namen aller Staaten günstige Kredite aufnehmen und diese an die unter hohen Zinssätzen leidenden Krisenstaaten weitergeben. Der ESM ändert also nichts an der Grundproblematik, öffentliche Aufgaben über die privaten Finanzmärkte zu finanzieren und damit der Spekulation auszusetzen. Er verlagert lediglich das Risiko von einem auf mehrere Staaten. Zudem sind die Kredite an die Krisenländer an die Umsetzung einer strengen → Austeritätspolitik gekoppelt. Länder, die ESM-Hilfen in Anspruch nehmen, müssen sich den Vorgaben der → Troika unterwerfen und einen beträchtlichen Teil ihrer Souveränität abgeben. Neben direkten Krediten soll der ESM auch Staatsanleihen kaufen können um deren Kurs zu stabilisieren. Weiters wird derzeit (Stand September 2012) diskutiert, ob der ESM von der Krise betroffene Banken direkt finanzieren können soll - dadurch würde eine Bankenhilfe nicht die Staatsschulden der jeweiligen Staaten erhöhen.

Mit dem ESM wird eine intransparente, undemokratische Institution geschaffen, deren Politik von den FinanzministerInnen der Mitgliedsstaaten, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank unter Beteiligung des → Internationalen Währungsfonds gestaltet wird. Sie unterliegt einer völlig unzureichenden Kontrolle (sie wählt ihre KontrolleureInnen selbst), und der Vertrag garantiert weitestreichende Geheimhaltungsrechte, so dass der ESM und seine Organe keine Rechenschaft abgeben müssen und nie vor einem Gericht belangt werden können. Österreich hat den ESM Mitte 2012 ratifiziert.

### **EU-Kommission**

Die EU-Kommission ist die Exekutive der Europäischen Union und hat vielfältige Kompetenzen. Sie alleine kann europäische „Gesetze“ (vor allem Verordnungen und Richtlinien) vorschlagen, ist unter anderem für die Umsetzung von Gesetzen und Richtlinien zuständig und administriert die Finanzen der Europäischen Union. Die Mitglieder der EU-Kommission werden durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten nominiert und durch das EU-Parlament bestätigt. Im Zuge der Eurokrise bekommt die Kommission immer mehr Kompetenzen, und innerhalb der Kommission findet eine Machtverschiebung und Machtkonzentration hin zum Kommissar und zur Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen statt. So hat sie beispielsweise durch den → Fiskalpakt und die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes weitreichende Kompetenzen bekommen, die Haushaltsdisziplin der einzelnen Mitgliedsstaaten zu überwachen. Sie kann mit Inkrafttreten des Fiskalpaktes Einspruch gegen nationale Budgets – für Staaten im Defizitverfahren – erheben und Strafzahlungen gegen Mitgliedsstaaten einleiten. Diese Machtverschiebung in Richtung der EU-Kommission ist problematisch, da sie im Gegensatz zum EU-Parlament nur in geringem Maß und sehr indirekt demokratisch legitimiert ist.

### **Eurobonds**

Eurobonds sind ein Vorschlag für die Lösung der Eurokrise. Im Gegensatz zur aktuellen Situation, wo sich Staaten einzeln über Anleihen (engl. bonds) verschulden, wären Eurobonds gemeinsame Anleihen aller Euro-Staaten, wobei es unterschiedliche Vorschläge hinsichtlich des Umfangs der Eurobonds und der Reichweite der gemeinsamen Haftung gibt. Grundsätzlich würden sich damit von der Spekulation betroffene Staaten günstiger finanzieren können. Umgekehrt würden die Zinsen, die bisher nicht betroffene Staaten wie Österreich zahlen müssen, ein wenig steigen. Eurobonds würden nichts an der Grundproblematik ändern, öffentliche Aufgaben über die privaten Finanzmärkte zu finanzieren und damit der Spekulation auszusetzen. Sie würden lediglich das Risiko von einem auf mehrere Staaten verlagern. Eurobonds können die Krise letztlich nicht lösen.

### **EZB**

Die EZB (Europäische Zentralbank), die 1998 errichtet wurde, ist für die europäische Geldpolitik verantwortlich. Sie legt etwa den Leitzins fest, zu dem sich Banken bei ihr Geld leihen können. Die EZB ist dabei ausschließlich der Preisstabilität verpflichtet, soll also die Inflation im Euroraum möglichst niedrig halten. Weitere wichtige geldpolitische Ziele wie hohe Beschäftigung, gerechte Verteilung und nachhaltiges Wachstum spielen für die EZB keine Rolle.

In der Eurokrise hat die EZB an Macht gewonnen. So kauft sie → Anleihen der von der Krise betroffenen Staaten am Sekundärmarkt um die Zinssätze, die diese für neue Anleihen bezahlen müssen, zu senken. Die EZB bildet zudem zusammen mit → EU-Kommission und

→ Internationalem Währungsfonds die → Troika, ist also daran beteiligt, jenen Staaten, die Gelder aus dem → EFSF oder → ESM erhalten, eine harte → Austeritätspolitik aufzuzwingen. Zudem soll die EZB im Rahmen der geplanten → Bankenunion eine zentrale Rolle als Kontroll- und Aufsichtsgremium einnehmen.

Die Europäische Zentralbank unterliegt keinerlei demokratischer Kontrolle. Ein wesentliches Prinzip ist die sogenannte Unabhängigkeit, wodurch den Mitgliedsstaaten der Einfluss auf die Geldpolitik entzogen wurde. Es ist fraglich, wie unabhängig die EZB tatsächlich ist, wenn ihr gegenwärtiger Präsident früher eine Spitzenfunktion in der Finanzindustrie (bei Goldman & Sachs) innehatte. Mehr Rechte und Kompetenzen für die EZB – beispielsweise der Vorschlag, die europäische Staatsschuldenkrise dadurch zu lösen, dass die EZB die Staatsschulden garantiert oder direkt finanziert – müsste mit einer grundlegenden Demokratisierung der EZB einhergehen.

### **Finanzmarkt**

Finanzmarkt ist ein Oberbegriff für alle Märkte, auf denen Handel mit Kapital betrieben wird. Er gliedert sich in den Kredit-, Wertpapier-, → Derivate- und in den → Devisenmarkt für den Austausch von Währungen. Grundsätzlich hätten Finanzmärkte die wirtschaftlich sinnvolle Funktion, Investitionen in die Realwirtschaft (die Produktion und den Konsum von Waren und Dienstleistungen) zu finanzieren. KapitalgeberInnen (SparerInnen) stellen dabei Zahlungsmittelüberschüsse zur Anlage bereit und KapitalnehmerInnen (SchuldnerInnen) fragen diese Zahlungsmittel nach. Mit der Deregulierung der globalen Finanzmärkte seit den 1970er Jahren hat diese die Realwirtschaft stützende Funktion jedoch an Bedeutung verloren. Stattdessen stehen heute spekulative Interessen im Vordergrund, was sich an der enormen Aufblähung der Finanzmärkte und der Entkopplung von der Realwirtschaft zeigt. Schätzungen zufolge haben mindestens 95% der Währungstransaktionen einen rein spekulativen Charakter.

### **Fiskalpakt**

Der Fiskalpakt ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen 25 Mitgliedstaaten der EU (alle außer Großbritannien und der Tschechischen Republik), der mit 2013 in Kraft treten soll. Der Fiskalpakt zwingt die teilnehmenden Staaten dazu, ihre Ausgaben zu kürzen. Er ist ein zentraler Teil der → Austeritätspolitik, welche die Krise in Europa weiter verschärft.

Der Fiskalpakt schreibt u. a. die Einführung sogenannter → Schuldenbremsen auf nationaler Ebene vor, also das rechtliche Verbot Budgets mit zu hohen Defiziten zu beschließen. Die in Österreich bereits geltende Schuldenbremse wird mit dem Fiskalpakt weiter verschärft. Im Fall einer Abweichung von diesen Regeln müssen automatische Mechanismen zur Defizitreduktion (wohl vorrangig Ausgabenkürzungen) in Kraft treten, deren Ausgestaltung von der EU-Kommission vorgeschrieben wird. Der Fiskalpakt verlagert also budgetpolitische Macht von gewählten Parlamenten hin zur ungewählten nur sehr indirekt und schwach demokratisch legitimierten EU-Kommission. Ein einseitiger Austritt aus diesem die budgetpolitischen Gestaltungsspielräume drastisch einschneidenden Vertrag ist gemäß Völkerrecht nicht möglich. Hilfen aus dem → ESM sind nur für jene Staaten möglich, die den Fiskalpakt ratifiziert haben. Der Fiskalpakt ist eine neoliberale Zwangsjacke für Europa - die falsche Politik, die Europa in die Krise geführt hat, soll damit verschärft und auf Dauer festgelegt werden. Da der Fiskalpakt öffentliche Ausgaben und Defizite primär mit Ausgabenkürzungen lösen will, steht er für Sozialabbau, Lohn- und Pensionskürzungen, Einschnitte bei öffentlichen Dienstleistungen, Abbau

der öffentlichen Beschäftigung, Privatisierungen und den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten. Der Fiskalpakt überträgt die in Griechenland gescheiterte → Austeritätspolitik auf ganz Europa.

### **Fiskalunion**

PolitikerInnen der EU verfolgen das Ziel, die Europäische Union zu einer Fiskalunion zu entwickeln. Gemeint ist damit eine stärkere Kontrolle der EU über die nationale Budgetpolitik bzw. die weitere Verlagerung von budgetpolitischen Kompetenzen hin zur EU, konkret der Zwang zu einer → Austeritätspolitik. Das zentrale bislang konkretisierte Instrument auf dem Weg zu dieser Art von Fiskalunion ist der → Fiskalpakt. Tatsächlich ist der Begriff irreführend, da eben nicht der Kern der Fiskalpolitik - nämlich die Steuerpolitik der EU-Staaten - koordiniert wird. Im Gegenteil, der Steuerwettbewerb nach unten, einer der wesentlichen Gründe für die Krise und die Staatsverschuldung, bleibt unangetastet.

### **Forward**

Die Grundform eines Derivats - ein Termingeschäft, bei dem zu einem vorab festgelegten Preis ein bestimmtes Objekt (Währung, Aktien) zu einem zukünftigen festgelegten Zeitpunkt gekauft oder verkauft wird.

### **Fundamentaldaten (wirtschaftliche Fundamentaldaten)**

Darunter versteht man jene Daten, die längerfristig für die Bewertung der Lage einer Volkswirtschaft gelten, also unabhängig von kurzfristigen Schwankungen sind. Dazu gehören Produktivität, Inflation, Zinssätze, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Handelsbilanz. Obwohl für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung, zählen beispielsweise Einkommensverteilung, Vermögenskonzentration, Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit oder Steueraufkommen nicht zu den wirtschaftlichen Fundamentaldaten.

### **Future**

So werden an der Börse gehandelte → Forwards bezeichnet.

### **Geld**

Eine Grundlage aller wirtschaftlichen Transaktionen - jedes Gut wird letztendlich in Geldeinheiten ausgedrückt. Geld hat drei Funktionen: Es dient als Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Recheneinheit. Bis zum 20. Jhd. hatten physische Realwerte (meist Gold) direkt oder indirekt Zahlungsmittelfunktion. Spätestens seit den frühen 1970ern ist Geld kaum noch durch Realwerte gedeckt und erhält seine Funktion per Gesetz. Nur Bargeld, also Scheine und Münzen sind gesetzliches Zahlungsmittel, alles andere (Giralgeld, Spareinlagen) usw. hat Geldnähe.

### **GIPS**

GIPS ist ein Akronym für die von der Krise betroffenen Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Es wird auch die abwertende Abkürzung PIGS (engl. für Schweine) verwendet.

### **Hebeleffekt**

Davon spricht man, wenn Finanzspekulationen in erster Linie durch Kredite finanziert werden. Die/der SpekulantIn verwendet daher kein oder nur geringes Eigenkapital. Der Kredit wird durch Spekulationsgewinne oder neue Kredite zurückgezahlt.



## **Hedge-Fonds**

Hedge-Fonds sind eine spezielle Art von → Investmentfonds, die kaum Regulierungs- oder Transparenzfordernissen unterliegen und ihren Sitz zumeist in → Steueroasen haben. Typischerweise halten Hedge-Fonds ihren Eigenkapitalanteil möglichst gering und versuchen mittels Fremdfinanzierung (Kredite von Banken und sonstigen Finanzinstitutionen) und durch die Ausnützung sogenannter → Hebeleffekte höhere Renditen zu erzielen. Ihre Hauptaktivität richtet sich nicht - wie ihre Bezeichnung vermuten lässt - auf Absicherungsgeschäfte (Hedging), sondern auf riskante Anlagestrategien. Sie nutzen dabei Finanzgeschäfte, die anderen Fonds nicht erlaubt sind (wie z. B. der Handel mit → Derivaten und der Verkauf von Positionen, die sie gar nicht besitzen → Leerverkäufe). Geht die Spekulation schief, droht dem Hedge-Fonds aufgrund des geringen Eigenkapitalanteils meistens unmittelbar das Aus. Schätzungen zufolge verwalten Hedge-Fonds derzeit weltweit mehr als 1,9 Billionen Dollar. Aufgrund ihrer riskanten Anlagestrategien kommt ihnen eine besondere Rolle bei der Destabilisierung des Finanzsystems zu.

## **Institutionelle Anleger**

Als Institutionelle Anleger bezeichnet man jene FinanzmarktakteurInnen, die Vermögen sammeln um diese gebündelt (zu geringeren Kosten und mit höheren Gewinnperspektiven als einzelne InvestorInnen) an den Finanzmärkten anzulegen. Hierzu zählen → Investmentfonds und Investmentgesellschaften), Pensionskassen, Versicherungen, Staatsfonds, → Private Equity Firmen und → Hedge-Fonds. Letztere werden häufig auch als „alternative“ Anleger bezeichnet.

## **I - Internationales Insolvenzrecht**

Ein internationales Insolvenzrecht soll im Falle der Zahlungsunfähigkeit eines Staates zur Überwindung der Überschuldungssituation beitragen. GläubigerInnen und SchuldnerInnen beteiligen sich dabei zugleich an den Kosten der Zahlungsunfähigkeit. Für Privatpersonen und Unternehmen ist so ein Schuldenerlass gesetzlich geregelt und auch bei Staaten gibt es dafür einige Beispiele in der Geschichte. GläubigerInnen verzichten dabei zwar auf einen Teil ihrer Forderungen, dies ist in der Regel jedoch nicht existenzbedrohend und den SchuldnerInnen wird dadurch ein Neustart ermöglicht. Attac forderte bereits in der Gründungsdeklaration im Jahr 2000 ein Insolvenzrecht für Staaten.

## **Investmentfonds**

Als Investmentfonds bezeichnet man ein von Investmentgesellschaften verwaltetes Sondervermögen, das in Wertgegenstände wie Aktien, Anleihen, Immobilien, Rohstoffe und Derivate angelegt wird. Das einbezahlte Geld bleibt im Eigentum der AnlegerInnen und somit vom Vermögen der Investmentgesellschaft getrennt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass das Anlagekapital im Insolvenzfall nicht unter die Insolvenzmasse der Gesellschaft fällt. AnlegerInnen der Fonds sind Privatpersonen, Unternehmen oder andere institutionelle Anleger, welche im Gegenzug für ihre Einlagen Anteilscheine erwerben. Erwirtschaftet der Investmentfonds Erträge aus Kursschwankungen, Dividenden oder Zinsen, werden diese an die AnteilseignerInnen ausgeschüttet (oder bei thesaurierenden Fonds nicht ausgegeben, sondern reinvestiert, wodurch der Wert der Fondsanteile steigt). Bei offenen Fonds können Anteile zu jeder Zeit erworben und an den Emittenten (den Ausgeber der Papiere) zurückgegeben werden. Geschlossene Fonds hingegen zeichnen sich durch ihre

begrenzte Laufzeit aus, wobei eine Rückgabe oder ein Erwerb von Anteilen nach Gründung des Investmentfonds nicht mehr möglich ist.

## **IWF**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er befasst sich mit der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, der Ausweitung des Welthandels und der Stabilisierung von Wechselkursen. Ebenso vergibt der IWF Kredite an Staaten, die Schwierigkeiten haben sich auf dem Finanzmarkt zu finanzieren. Diese Kredite sind an harte Auflagen gekoppelt (im Wesentlichen Ausgabenkürzungen, Staatsabbau, Privatisierungen, Liberalisierungen, Lohnkürzungen und Abbau von Arbeitsrechten). Im Rahmen der Eurokrise bildet der IWF einen Teil der → Troika und stellt gemeinsam mit der EU Gelder für die → Rettungspakete bereit.

## **Kapitaldeckungsverfahren**

Pensionsfinanzierung in der Zukunft durch gegenwärtige, renditeorientierte Kapitalanlage an den Kapitalmärkten. (Gegensatz zum Umlageverfahren).

## **Kurs**

Der Marktpreis für Wertpapiere, Devisen, und Waren.

## **Leerverkäufe**

Leerverkäufe sind ein Instrument, das SpekulantInnen verwenden um auf fallende Kurse zu setzen. Man leiht sich ein Wertpapier, das man innerhalb einer bestimmten Frist wieder zurückgeben muss. In der Erwartung, dass der Kurs fällt, verkauft man das Wertpapier zum aktuellen Kurs, um es später günstiger zurückzukaufen. Geht die Rechnung auf, ist der Unterschied zwischen hohem Verkaufspreis und niedrigem Rückkaufpreis der Profit der SpekulantInnen. Wenn viele Wertpapiere leer gehandelt werden, hat das einen starken Einfluss auf den Kurs an der Börse.

## **Liquidität**

Liquidität (von lat. liquidus, d. h. flüssig) ist ein Begriff aus der Betriebswirtschaftslehre. Er benennt die Fähigkeit eines Unternehmens, allen aktuellen Verbindlichkeiten nachkommen zu können. Auf die Finanzmärkte bezogen spricht man von einem liquiden Markt, wenn ein Wertpapier in einer handelsüblichen Menge jederzeit in einen anderen Wert ge- oder verkauft werden kann.

## **Marktkapitalisierung**

Die Marktkapitalisierung (Börsenkapitalisierung bzw. der Börsenwert) einer Aktiengesellschaft ergibt sich aus der Multiplikation des Aktienkurses mit der gesamten Anzahl der ausgegebenen Aktien des Unternehmens. Beispiel: 1 Mio. Aktien à Euro 50,-/Aktie ergibt eine Marktkapitalisierung von 50 Mio. Euro. Die so ermittelte Marktkapitalisierung gibt jedoch keine Auskunft über den tatsächlichen Wert des Unternehmens, sondern ist lediglich das Ergebnis der derzeitigen Situation von Angebot und Nachfrage nach den Unternehmensaktien. Daher sind ManagerInnen systematisch dazu gezwungen, die Unternehmenspolitik nicht am langfristigen

Wohlergehen und Ertrag des Unternehmens, sondern an der kurzfristigen Entwicklung der Aktienkurse auszurichten.

### **Offshorezentren**

andere Bezeichnung für → Steueroasen

### **Option**

Eine Grundform des → Derivats: Die/der OptionskäuferIn erwirbt gegen Bezahlung einer Optionsgebühr das Recht, zu einem zukünftigen Zeitpunkt ein bestimmtes Objekt (Währung, Aktien etc.) zu einem festgelegten Preis zu kaufen (Call) oder zu verkaufen (Put). Die/der OptionskäuferIn ist nicht gezwungen diese Option einzulösen. Die/der VerkäuferIn muss der Verpflichtung bei Forderung nachkommen.

### **OTC (Over the Counter)**

Der Wertpapierhandel außerhalb von Börsen. Dieser unterliegt keinen Regulierungen durch Aufsichtsbehörden und ist daher besonders krisenanfällig.

### **Private Equity**

(deutsch: Privates Eigenkapital) Private Equity bezeichnet das nicht börsennotierte Kapital, das in einer Firma investiert ist. Firmen, die sich mit Private Equity finanzieren, sind oftmals jung und verfügen über eine relativ dünne Eigenkapitaldecke. Private Equity-Investitionen sind deshalb durch hohe Risiken und – bei positivem Geschäftsverlauf - durch hohe Renditen charakterisierbar. Private Equity Fonds kaufen große Anteile davon oder ganze Unternehmen, um die Struktur von Kapital, Management und Organisation umzustrukturieren.

### **Ratingagentur**

Ratingagenturen bewerten die Kreditwürdigkeit von SchuldnerInnen. Sie vergeben Ratings, die Auskunft darüber geben sollen, wie sicher potenzielle GläubigerInnen ihr Geld zurückgezahlt bekommen. Die Ratings reichen von AAA („Triple-A“) zu D (völliger Zahlungsausfall), wobei es je nach Ratingagentur unterschiedliche Bewertungsschemata und Bezeichnungen gibt.

Ratingagenturen haben in ihrer aktuellen Ausrichtung eine stark prozyklische Funktion, d. h., sie verstärken mit ihren Ratings den jeweils vorherrschenden Trend: Im Boom vor der Krise haben sie sich häufig geirrt und hochriskante Immobilien-Wertpapiere bis kurz vor dem Zusammenbruch mit Top-Ratings versehen. In der Krise setzen sie mit oft überzogenen Abstufungen bereits von der Spekulation betroffene Staaten weiter unter Druck. Ratingagenturen sind für falsche Ratings bislang nicht haftbar. Zudem sind die drei größten Institute (Standard & Poor's, Moody's und Fitch) im Besitz von FinanzinvestorInnen und befinden sich daher in einem Interessenskonflikt.

### **Rettungspakete**

Als Rettungspakete werden Kredite bezeichnet, welche die → Troika oder der → EFSF (bzw. in Zukunft der → ESM) gegen harte Auflagen an europäische Krisenstaaten vergeben. Bisher haben Griechenland, Irland, Portugal, Zypern und Spanien (für seinen Bankensektor) Rettungspakete erhalten, nachdem sie sich aufgrund hoher Zinsen für ihre → Staatsanleihen nicht mehr auf dem Kapitalmarkt refinanzieren konnten. Die betroffenen Länder zahlen für die Hilfskredite Zinsen und müssen eine von der → Troika diktatorisch vorgegebene → Austeritätspolitik umsetzen. Dazu

gehören die Entlassung von Staatsbediensteten, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Infrastruktur, Steuererhöhungen für die breite Mehrheit, Lohnsenkungen im öffentlichen und privaten Sektor, die Kürzung von Sozialleistungen sowie der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten. Mit den Rettungspaketen geht somit ein massiver Souveränitätsverlust der nationalen Regierungen (und der Bevölkerung) einher. Die Erfahrungen aus Griechenland, Portugal und Irland zeigen, dass die Kosten für diese harten Maßnahmen größtenteils von der breiten Bevölkerung getragen werden müssen. Darüber hinaus haben die Rettungspakete und die damit einhergehende Austeritätspolitik die Krise nicht gelöst, sondern die ökonomische und soziale Situation in den betroffenen Ländern weiter verschlechtert.

### **Rezession**

In der Ökonomie spricht man von einer Rezession, wenn die Wirtschaft eines Landes in zumindest zwei aufeinanderfolgenden Quartalen stagniert oder schrumpft. Nach Beginn der Finanzkrise erlebten im Jahr 2009 fast alle europäischen Länder, inklusive Österreich und Deutschland, eine starke Rezession. Während die Wirtschaft in einigen Ländern inzwischen wieder leicht wächst, befinden sich andere seit Jahren in einer tiefen Rezession. In den Ländern, die sogenannte → Rettungspakete erhielten, trugen diese nicht zur Stabilisierung, sondern zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme bei. Durch die starken staatlichen Ausgabenkürzungen sowie die Entlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen und privaten Sektor stieg die Arbeitslosigkeit, die Einkommen sanken und der Konsum brach ein - die Wirtschaft geriet in eine Abwärtsspirale.

### **Schuldenaudit**

Der Begriff Schuldenaudit bezeichnet einen breiten öffentlichen Prozess, in dem alle offenen Staatsschulden daraufhin untersucht werden, ob sie legitim, legal und tragbar sind. Dabei wird ermittelt, wie die Schulden entstanden sind um Transparenz herzustellen und über ihre Rückzahlung zu entscheiden. Wenn Schulden beispielsweise auf nicht korrekte oder nicht gesetzmäßige Weise, zum Schaden von Bevölkerung und Umwelt, für nicht realisierte Projekte oder zu nicht gerechtfertigten Zinssätzen aufgenommen wurden, so kann eine Entscheidung gegen die Rückzahlung getroffen werden. Die IsländerInnen haben den Anfang gemacht: Infolge des großen Drucks der Bevölkerung weigerte sich die Regierung für die Schulden privater Banken aufzukommen.

### **Schuldenbremse**

Die Schuldenbremse ist ein gesetzlicher Mechanismus, mit dem sich Regierungen und Staaten zur Einhaltung gewisser Obergrenzen für Haushaltsdefizite und Staatsverschuldungen verpflichten. Mit einer solchen Regelung werden dem Parlament zentrale Kompetenzen im Bereich des Budgets entzogen. Wenn während einer Rezession die Staatseinnahmen (z. B. aus Steuern) sinken, so können die Ausgaben für Bildung, Soziales oder Infrastruktur nur durch zusätzliche Staatsschulden finanziert werden. Wenn in einer Rezession gleichzeitig private Investitionen und Ausgaben zurückgehen, ist es für eine Erholung der Wirtschaft sehr wichtig, dass der Staat seine Ausgaben aufrechterhält bzw. sogar erhöht. Ist dies durch eine Schuldenbremse nicht möglich, so kommt es in wirtschaftlich schweren Zeiten quasi automatisch zu Kürzungen. Wenn ein Staat im Wirtschaftsabschwung oder gar in einer Rezession die Ausgaben senkt, so verschärft sich diese Situation noch, die Wirtschaftsleistung sinkt weiter und

effektiv steigt der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt. Der → Fiskalpakt sieht für alle beteiligten Länder die verpflichtende Einführung einer Schuldenbremse im Verfassungsrang (oder mit gleichwertiger rechtlicher Bindung) vor, wodurch auch nachfolgende Regierungen, die vielleicht andere politische Prioritäten haben, auf die gegenwärtige neoliberale Politik des Sozialabbaus verpflichtet werden sollen.

### **Sparpolitik**

Häufig wird die in der EU verfolgte → Austeritätspolitik fälschlich als Sparpolitik bezeichnet. Dieser Begriff ist irreführend, da die Staaten im Rahmen dieser Politik keineswegs Geld sparen (also für spätere Ausgaben aufheben). Vielmehr kürzen sie Ausgaben dauerhaft und sorgen damit meist für ein Schrumpfen der gesamten Volkswirtschaft, also für eine Verarmung der Gesellschaft als Ganzes.

### **Spekulation**

Als Spekulation werden Finanztransaktionen bezeichnet, die darauf abzielen, Gewinn aus Kurs- bzw. Preisänderungen bei Wertpapieren, Waren oder Immobilien (Grundstücke und Häuser) u. ä. zu erzielen. Eine spekulative Transaktion bezieht sich nicht auf die langfristige Entwicklung eines realen Wertes (wie beispielsweise der Kauf einer Aktie, weil zukünftige Gewinne des Unternehmens erwartet werden), sondern nur auf kurzfristige Schwankungen des Preises (wenn die Aktie morgen mehr kostet als heute). Der spekulative Gewinn besteht aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Verkaufspreis des Marktgegenstandes minus der Kosten des Handels (Transaktionskosten).

### **Staatsanleihe**

siehe auch → Anleihe

### **Steueroasen**

Steueroasen (auch: Offshorezentren) sind Standorte, an denen keine (oder nur eine geringe) Steuerpflicht besteht und keine reguläre Bankenaufsicht existiert, also Orte ungehinderter Steuerflucht und Geldwäsche. Beispiele sind etwa die Schweiz, die Cayman Islands, die Bermudas oder Singapur. Der Begriff ist nicht klar abgegrenzt. Auch Luxemburg und Österreich können als Steueroasen bezeichnet werden, da sie sich weigern, das Bankgeheimnis aufzuheben und den ungehinderten Informationsaustausch in der EU zu ermöglichen. Damit unterstützen sie ausländische Vermögen bei der Steuerflucht.

### **Termingeschäft**

In der Gegenwart wird ein Vertrag über die Abwicklung einer wirtschaftlichen Transaktion in der Zukunft geschlossen. Ein Termingeschäft enthält stets das Element der Spekulation, da die Zukunft natürlich ungewiss ist.

### **Troika**

In der Eurokrise wird das Dreiergespann aus → EZB (Europäische Zentralbank), → IWF (Internationaler Währungsfonds) und → EU-Kommission als Troika bezeichnet. Die Troika verhandelt die Bedingungen der → Rettungspakete (→ EFSF und → ESM) mit den betroffenen Ländern, schreibt harte Maßnahmen (→ Austeritätspolitik) vor und überwacht deren Umsetzung.

Die Troika unterliegt keiner demokratischen Kontrolle, obwohl sie weitreichend in die wirtschaftspolitische Souveränität der betroffenen Staaten eingreift.

### **Überliquidität**

Davon spricht man, wenn mehr → Liquidität vorhanden ist, als für eine rentable Anlage eigentlich notwendig ist und die Liquidität somit keiner realwirtschaftlichen Funktion mehr dient.

### **Umlageverfahren**

Dieses dient der Finanzierung von Pensionen - ein Pensionssystem, in dem die aktuell Erwerbstätigen die Pensionen der aktuellen PensionistInnen finanzieren.

### **Umschuldung**

Bei einer Umschuldung wird ein Kredit neu organisiert, um den SchuldnerInnen die Rückzahlung zu erleichtern und so den Kreditausfall abzuwehren. Dabei können entweder die Rückzahlungsbedingungen geändert werden (beispielsweise mit längeren Laufzeiten oder niedrigeren Zinsen), die GläubigerInnen können aber auch auf einen Teil des Betrags verzichten (Schuldenschnitt). In der aktuellen Krise wurde bereits ein teilweiser Schuldenschnitt für Griechenland beschlossen: Im Februar 2012 verzichteten private InvestorInnen auf Teile ihrer Forderungen, der Gesamtschuldenstand des Landes blieb aber weiter hoch.

### **Volatilität**

So bezeichnet man das Ausmaß der Schwankung von Kursen von Wertpapieren oder Währungen während eines bestimmten Zeitraums. Sie wird von der Masse und dem Tempo der bewegten Werte bestimmt. Volatilität kann als exzessiv bezeichnet werden, wenn die Veränderungen nicht durch die zugrunde liegenden → Fundamentaldaten einer Volkswirtschaft erklärt werden können.

### **Zielzone**

Der Wechselkurs zwischen zwei Währungen, bei dem eine gewisse Bandbreite von Schwankungen zugelassen wird. Innerhalb dieser Bandbreite sind die Leistungsbilanzen der beteiligten Länder langfristig ausgeglichen.